Datenschutzinformation für Hinweisgeber

Information nach Art. 13, Art. 14 und Art. 21 DSGVO
für Hinweisgeber nach dem Hinweisgeberschutzgesetz - HinSchG

Wir informieren Sie hiermit über die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten bei Meldungen von Informationen an die interne Meldestelle der **AUTOHAUS LILIENSIEK GMBH** nach dem Hinweisgeberschutzgesetz und über die Ihnen nach dem Datenschutzrecht zustehenden Rechte.

Wer ist für die Datenverarbeitung verantwortlich?

Unternehmen, für das die interne Meldestelle eingerichtet ist

AUTOHAUS LILIENSIEK GMBH
Alte Altenberger Straße 38
01744 Dippoldiswalde
Deutschland

Verantwortlicher für die Datenverarbeitung in der Meldestelle

Meldestelle-Sachsen.de
Inh. Nico Eberhardt
Pfotenhauerstr. 65
01307 Dresden
E-Mail: info@Meldestelle-Sachsen.de
Telefon: +49 (0) 351 31409830

Die interne Meldestelle wird von Meldestelle-Sachsen.de, Inh. Nico Eberhardt, betrieben. Nico Eberhardt ist zugleich externer Datenschutzbeauftragter. Bei Fragen zum Datenschutz können Sie sich an info@Meldestelle-Sachsen.de wenden.

Welche Datenkategorien nutzen wir und woher stammen diese?

Meldestelle-Sachsen.de, Inh. Nico Eberhardt, betreibt die interne Meldestelle im Auftrag der AUTOHAUS LILIENSIEK GMBH. Sie ermöglicht Beschäftigten des Unternehmens und gegebenenfalls Dritten (im Folgenden „Hinweisgeber“) die - auch anonyme - Übermittlung von Hinweisen auf vermeintliche Rechtsverstöße durch Beschäftigte. Eingehende Hinweise werden geprüft; gegebenenfalls werden Folgemaßnahmen eingeleitet, um Verstöße gegen geltendes Recht oder Unternehmensrichtlinien zu verhindern, aufzudecken oder zu verfolgen.

Zu den verarbeiteten Kategorien personenbezogener Daten gehören insbesondere:

- Angaben zur persönlichen Identifizierung des Hinweisgebers, zum Beispiel Vor- und Nachname, Geschlecht, Anschrift, Telefonnummer und E-Mail-Adresse;
- Angaben zur Beschäftigteneigenschaft zur Verifizierung;
- Angaben über Personen, die in einer Meldung als mutmaßlich verantwortliche oder mit ihnen verbundene Personen genannt werden, zum Beispiel Name, Geschlecht, Anschrift, Telefonnummer, E-Mail-Adresse oder sonstige Angaben, die eine Identifizierung ermöglichen;
- Informationen über Verstöße, die Rückschlüsse auf natürliche Personen erlauben.

Wir erheben die Daten grundsätzlich im direkten Kontakt mit dem Hinweisgeber. Angaben über Beschäftigte erhalten wir zunächst ebenfalls vom Hinweisgeber. Zur Überprüfung und Ergänzung können Informationen der AUTOHAUS LILIENSIEK GMBH sowie von Kunden, Geschäftspartnern, Rechtsvertretern, Versicherungen, öffentlichen Stellen, Gutachtern, Gerichten oder Behörden hinzukommen. Eine Erhebung aus öffentlichen Quellen ist ebenfalls möglich.

Für welche Zwecke und auf welcher Rechtsgrundlage werden Ihre Daten verarbeitet?

Wir verarbeiten personenbezogene Daten zur Bearbeitung von Meldungen, um Verstöße gegen geltendes Recht oder Unternehmensrichtlinien zu verhindern, aufzudecken oder zu verfolgen. Dazu können die Prüfung der Stichhaltigkeit der erhobenen Behauptungen, interne Nachforschungen und Ermittlungen sowie die Veranlassung von Strafverfolgungsmaßnahmen gehören.

Gesetzliche Aufgaben der Meldestelle: Soweit eine Meldung in den Anwendungsbereich des HinSchG fällt, verarbeiten wir die zur Entgegennahme und Prüfung der Meldung sowie zur Durchführung von Folgemaßnahmen erforderlichen personenbezogenen Daten auf Grundlage von Art. 6 Abs. 1 lit. c DSGVO in Verbindung mit § 10 und §§ 16 bis 18 HinSchG. Dies kann auch Angaben zur Identität der hinweisgebenden Person umfassen.

Besondere Kategorien personenbezogener Daten: Soweit deren Verarbeitung zur Erfüllung der gesetzlichen Aufgaben erforderlich ist, erfolgt sie auf Grundlage von Art. 9 Abs. 2 lit. g DSGVO in Verbindung mit § 10 HinSchG. Dabei werden die gesetzlich vorgesehenen spezifischen und angemessenen Schutzmaßnahmen getroffen.

Berechtigte Interessen: Soweit personenbezogene Daten außerhalb der gesetzlichen Aufgaben nach dem HinSchG verarbeitet werden, kann die Verarbeitung auf Art. 6 Abs. 1 lit. f DSGVO beruhen. Voraussetzung ist, dass sie zur Wahrung berechtigter Interessen erforderlich ist und keine überwiegenden Interessen oder Grundrechte und Grundfreiheiten der betroffenen Person entgegenstehen.

Unser berechtigtes Interesse besteht je nach Einzelfall in der Aufklärung und Verhinderung von Rechtsverstößen oder Verstößen gegen Unternehmensrichtlinien sowie in der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen. Ob schutzwürdige Interessen der betroffenen Person entgegenstehen, wird im Einzelfall geprüft.

Aufdeckung von Straftaten im Beschäftigungsverhältnis: Gegebenenfalls werden personenbezogene Daten von Beschäftigten auf Grundlage von § 26 Abs. 1 Satz 2 BDSG verarbeitet. Dies setzt dokumentierte tatsächliche Anhaltspunkte für den Verdacht einer im Beschäftigungsverhältnis begangenen Straftat voraus. Die Verarbeitung muss zur Aufdeckung erforderlich sein; schutzwürdige Interessen der betroffenen Person dürfen nicht überwiegen. Art und Ausmaß der Verarbeitung dürfen insbesondere im Hinblick auf den Anlass nicht unverhältnismäßig sein.

Einwilligung: Soweit eine Verarbeitung auf Ihrer Einwilligung gemäß Art. 6 Abs. 1 lit. a DSGVO beruht, erfolgt sie nur für den jeweils mitgeteilten Zweck. Sie können Ihre Einwilligung jederzeit mit Wirkung für die Zukunft widerrufen. Die Rechtmäßigkeit der bis zum Widerruf erfolgten Verarbeitung bleibt unberührt. Verarbeitungen, die unabhängig von der Einwilligung auf einer gesetzlichen Grundlage beruhen, bleiben hiervon unberührt.

Eine automatisierte Entscheidungsfindung einschließlich Profiling erfolgt nicht. Sollten wir Ihre personenbezogenen Daten für einen hier nicht genannten Zweck verarbeiten wollen, werden wir Sie zuvor darüber informieren.

Wer bekommt Ihre Daten?

Zugang zu personenbezogenen Daten erhalten nur die Personen, die für die Entgegennahme und Bearbeitung von Meldungen oder für Folgemaßnahmen zuständig sind, sowie erforderlichenfalls unterstützende Personen. Dabei beachten wir das Vertraulichkeitsgebot nach § 8 HinSchG.

Eine Weitergabe an zuständige Stellen der AUTOHAUS LILIENSIEK GMBH, Behörden oder andere Empfänger, beispielsweise zur Verschwiegenheit verpflichtete Rechtsanwälte oder Wirtschaftsprüfer, erfolgt nur, soweit hierfür eine Rechtsgrundlage besteht und die Voraussetzungen der §§ 8 und 9 HinSchG eingehalten werden.

Angaben, die die Identität der hinweisgebenden Person erkennen lassen, werden außerhalb der gesetzlichen Ausnahmen nur weitergegeben, wenn dies für Folgemaßnahmen erforderlich ist und die hinweisgebende Person zuvor für die jeweilige Weitergabe gesondert in Textform eingewilligt hat. Für die Identität betroffener oder sonstiger in der Meldung genannter Personen gelten die gesetzlichen Voraussetzungen des § 9 Abs. 4 HinSchG.

Welche Datenschutzrechte können Sie als Betroffener geltend machen?

Sie haben unter den jeweiligen gesetzlichen Voraussetzungen insbesondere folgende Rechte:

- **Auskunft und Bestätigung:** Sie können eine Bestätigung verlangen, ob wir personenbezogene Daten über Sie verarbeiten, und Auskunft über diese Daten erhalten (Art. 15 DSGVO).
- **Berichtigung:** Sie können verlangen, dass unrichtige Daten berichtigt und unvollständige Daten vervollständigt werden (Art. 16 DSGVO).
- **Löschung:** Sie können die Löschung Ihrer Daten verlangen, soweit die gesetzlichen Voraussetzungen vorliegen (Art. 17 DSGVO).
- **Einschränkung:** Sie können unter den gesetzlichen Voraussetzungen die Einschränkung der Verarbeitung verlangen (Art. 18 DSGVO).
- **Datenübertragbarkeit:** Soweit anwendbar, können Sie die von Ihnen bereitgestellten Daten in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesbaren Format erhalten (Art. 20 DSGVO).
- **Widerspruch:** Sie können einer Verarbeitung auf Grundlage berechtigter Interessen widersprechen. Einzelheiten finden Sie im Abschnitt „Widerspruchsrecht nach Art. 21 DSGVO“.
- **Automatisierte Entscheidungen:** Ihnen steht das Recht nach Art. 22 DSGVO zu, grundsätzlich keiner ausschließlich automatisierten Entscheidung unterworfen zu werden, die rechtliche Wirkung entfaltet oder Sie ähnlich erheblich beeinträchtigt.
- **Widerruf:** Eine erteilte Einwilligung können Sie jederzeit mit Wirkung für die Zukunft widerrufen.
- **Beschwerde:** Sie können sich bei einer Datenschutzaufsichtsbehörde beschweren, wenn Sie eine Verarbeitung Ihrer Daten für datenschutzwidrig halten (Art. 77 DSGVO).

Bei der Erfüllung von Betroffenenrechten beachten wir auch die gesetzlich geschützte Vertraulichkeit der Identität hinweisgebender und weiterer in einer Meldung genannter Personen. Gesetzliche Beschränkungen der Rechte bleiben unberührt.

Wo können Sie sich beschweren?

Sie können sich an den oben genannten Datenschutzkontakt oder an eine Datenschutzaufsichtsbehörde wenden. In Sachsen ist dies die Sächsische Datenschutz- und Transparenzbeauftragte. Informationen und Kontaktmöglichkeiten finden Sie unter www.datenschutz.sachsen.de.

Wie lange werden Ihre Daten gespeichert?

Die Dokumentation einer Meldung wird grundsätzlich drei Jahre nach Abschluss des Verfahrens gelöscht (§ 11 Abs. 5 HinSchG). Eine längere Aufbewahrung erfolgt nur, soweit dies zur Erfüllung von Anforderungen nach dem HinSchG oder anderen Rechtsvorschriften erforderlich und verhältnismäßig ist.

Soweit eine darüber hinausgehende Verarbeitung für gesetzliche Aufbewahrungspflichten oder zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen erforderlich ist, wird die jeweilige Rechtsgrundlage im Einzelfall geprüft. Nicht mehr erforderliche personenbezogene Daten werden gelöscht; die weitere Speicherung wird auf den erforderlichen Umfang begrenzt.

Werden Ihre Daten in ein Drittland übermittelt?

Eine Übermittlung Ihrer personenbezogenen Daten in Länder außerhalb der Europäischen Union oder des Europäischen Wirtschaftsraums erfolgt nicht und ist auch nicht geplant.

Sind Sie verpflichtet, Ihre Daten bereitzustellen?

Eine gesetzliche oder vertragliche Pflicht zur Bereitstellung personenbezogener Daten des Hinweisgebers besteht nicht; die Bereitstellung ist auch nicht für einen Vertragsabschluss erforderlich. Meldungen können anonym erfolgen.

Werden keine personenbezogenen Daten oder keine geeignete Kontaktmöglichkeit bereitgestellt, kann dies dazu führen, dass Rückfragen oder Informationen über Folgemaßnahmen nicht möglich sind. Möglicherweise kann der Sachverhalt dann nicht vollständig aufgeklärt werden.

Widerspruchsrecht nach Art. 21 DSGVO

Sie haben das Recht, aus Gründen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit gegen die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten auf Grundlage von Art. 6 Abs. 1 lit. f DSGVO Widerspruch einzulegen.

Wir verarbeiten die personenbezogenen Daten dann nicht mehr, es sei denn, wir können zwingende schutzwürdige Gründe nachweisen, die Ihre Interessen, Rechte und Freiheiten überwiegen, oder die Verarbeitung dient der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen.

Ihren Widerspruch oder den Widerruf einer Einwilligung können Sie an den oben genannten Kontakt der Meldestelle richten.